

Das Ende des Bürgerkrieges?

Kolumbien unter Präsident Uribe

Ralf Juan Leiteritz

An Álvaro Uribe scheiden sich die Geister: Die einen halten den kolumbianischen Präsidenten für eine Art Übermensch, der auf absehbare Zeit unverzichtbar für sein Land ist. Sie sehen im politischen Spektrum Kolumbiens keine Alternative und fordern daher eine dritte Amtszeit Uribes bis zum Jahr 2014. Sein Berater José Obdulio Gaviria bescheinigt ihm gar eine dem normalen Menschen überlegene Intelligenz. Auf der anderen Seite befinden sich jene Beobachter, die Uribe wahlweise als Hardliner, Rechtspopulisten oder gar „rechtsradikal“ (Dario Azzellini), Diktator und „Semi-Faschisten“ (Werner Hörtner) titulieren. Ähnlich wie sein Nachbar Hugo Chávez schafft es Uribe, die Menschen zu polarisieren. Ausgewogene Einschätzungen, die ihn und seine Politik weder über die Maßen glorifizieren noch fundamental verdammen, sind rar gesät. Dieser kurze Beitrag versucht, genau das zu leisten und Uribes Erfolge ebenso wie seine Defizite nüchtern zu beleuchten.

Uribe wurde 2002 mit einem klaren Mandat von der kolumbianischen Bevölkerung ausgestattet: Beendigung des seit mehr als 40 Jahren andauernden Bürgerkrieges. Die Menschen waren in dieser Hinsicht von der vorangegangenen Regierung von Andrés Pastrana zutiefst frustriert. Diese hatte über mehrere Jahre hinweg versucht, mit der linken Guerrillagruppe „Bewaffnete Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens“ (FARC) einen Friedensdialog zu führen. Dazu wurde eigens eine „entmilitarisierte Zone“ im Zentrum des Landes eingerichtet. Es stellte sich recht schnell heraus, dass die FARC in Wahrheit wenig Interesse an diesen Gesprächen hatte und das geräumte Gebiet stattdessen für ihren militärischen und ideologischen Ausbau nutzen wollte. Ihre seit den 1990er Jahren bekannte Taktik der Entführung von Politikern und anderen Zivilisten sowie die stetig wachsende Beteiligung am lukrativen Drogenhandel wurden ununterbrochen fortgeführt und sogar noch erweitert. Das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen brachte Anfang 2002 die Entführung eines Zivilflugzeugs durch die FARC. Die Pastrana-Regierung brach daraufhin die Gespräche ab und ließ die Armee in die „entmilitarisierte Zone“ einmarschieren. Die Bevölkerung fühlte sich von der Guerrilla an der Nase herumgeführt. Dieses Gefühl



Ralf J. Leiteritz, geb. 1971
 Profesor Asistente,
 Universidad de los Andes,
 Bogotá
 rleiteri@uniandes.edu.co

wusste sich Uribe für seine Präsidentschaftskampagne hervorragend zunutze zu machen. Wie der berühmte Phönix aus der Asche stiegen seine Popularitätswerte kurz vor den Wahlen im Mai 2002 an. Uribe versprach eine Politik der harten Hand gegenüber der FARC; das verschaffte ihm bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen.

Politik der „demokratischen Sicherheit“

Getreu seinem Wahlversprechen formulierte Uribe eine neue innenpolitische Strategie, die er „demokratische Sicherheit“ taufte. Im Zuge der neuen Politik wurden Militär und Polizei stark aufgerüstet. Dazu diente Uribe der bereits unter seinem Vorgänger Pastrana zusammen mit US-Präsident Clinton verabschiedete Plan Colombia. Dieser sah vor, dass Kolumbien insgesamt 3,5 Milliarden Dollar zusätzliche Mittel von den USA erhält. Mithin garantierte der Plan Colombia eine jährliche USA-Militärhilfe von 500 Millionen US-Dollar. Während die Überweisung der Gelder anfangs noch mit dem Ziel der Drogenbekämpfung sowie der institutionellen und sozialen Entwicklung des Landes gerechtfertigt wurde, schuf der 11. September 2001 eine neue Legitimationsgrundlage. Von 2002 an war die „Terrorismusbekämpfung“, speziell die der „Narcoguerrilla FARC“, der beherrschende Referenzpunkt in den bilateralen Beziehungen zwischen Kolumbien und den USA. Schaut man sich die Ziele des Plan Colombia nach sieben Jahren Laufzeit einmal genauer an, muss festgestellt werden, dass diese weitgehend verfehlt wurden. Vor allem das Ziel, den Drogenkonsum in den USA durch eine Verknappung des Angebots in Kolumbien einzudämmen, ist geradezu spektakulär gescheitert. Die angewandten Strategien zur Drogenbekämpfung konnten weder die Angebotsmenge in den USA noch die Anbaufläche von Koka in Kolumbien signifikant verringern.

Das zweite Element der Politik der „demokratischen Sicherheit“ Uribes war der Beginn von Verhandlungen mit den paramilitärischen Gruppen. Diese entstanden in den 1980er Jahren als Selbstverteidigungsmilizen gegen die Übergriffe der Guerrilla auf Großgrundbesitzer und andere Vertreter der ländlichen Oberschicht. Im Laufe der Zeit schlossen sich diese lokal begrenzten Gruppierungen erst zu regionalen Verbänden und 1997 unter den Namen „Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens“

(Autodefensas Unidas de Colombia, AUC) zu einem national organisierten Dachverband zusammen. Diesen Gruppen werden schwerste Menschenrechtsverletzungen in Tateinheit mit Beteiligung am Drogenhandel zur Last gelegt. Zahlreiche AUC-Führer wurden denn auch im Zuge der Gespräche mit der Regierung als Drogenhändler und nicht als politische Akteure überführt. Die Verhandlungen zwischen AUC und Regierung führten bis Ende 2005 zur Demobilisierung und Wiedereingliederung in das



Abbildung: Kolumbien

Quelle:
www.lib.utexas.edu/maps/

Zivilleben von mehr als 30.000 AUC-Mitgliedern. Dieser Prozess stellt das Land vor immense Probleme. Sie reichen von juristischen Aspekten der Bestrafung und Wiedergutmachung von Verbrechen bis hin zur Versorgung der Ex-Paramilitärs mit Berufsmöglichkeiten. Vor allem das sogenannte Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden, das im Juli 2005 vom Parlament verabschiedet wurde, geriet dabei ins Kreuzfeuer der Kritik. Beobachter bemängelten in erster Linie, dass die im Gesetz vorgesehene Maximalhaftstrafe von acht Jahren einer Art Straffreiheit gleichkäme. Dazu kommt, dass bei Weitem nicht alle paramilitärischen Gruppen am Demobilisierungsprozess teilgenommen haben und dass sich aus angeblich bereits demobilisierten AUC-Verbänden neue Gruppen bilden, die die Landbevölkerung terrorisieren und das Drogengeschäft fortführen.

Wo die Gelder des Plan Colombia allerdings ohne jeden Zweifel Wirkung gezeigt haben, ist bei der Bekämpfung der FARC und bei der Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage des Landes. So sind Gewaltverbrechen wie Morde und Massaker seit dem Amtsantritt von Uribe rapide zurückgegangen und die Anzahl der Entführungen durch die FARC ging von 973 im Jahr 2002 auf 66 im vergangenen Jahr zurück. Uribes immense Popularität in der kolumbianischen Bevölkerung mit Zustimmungsraten, die jedes demokratisch gewählte Staatsoberhaupt vor Neid erblassen lassen, erklärt sich in erster Linie durch seine Erfolge beim Kampf gegen die FARC und die von ihr verbreitete Unsicherheit. Während die FARC zu Beginn der Präsidentschaft von Uribe noch beträchtliche Teile des nationalen Territoriums unter ihrer Kontrolle hatte, so hat die Aufrüstung der Armee und ihre erhöhte Effizienz beim Kampf gegen die Aufständischen dazu geführt, dass sie immer weiter in die Enge getrieben wird. Vor allem in den letzten Monaten musste die FARC eine ganze Reihe von herben Rückschlägen hinnehmen, die an ihrer Moral zehren: Erst wurde Anfang März ihre „Nummer 2“, Raúl Reyes, bei einem Bombenangriff der kolumbianischen Luftwaffe auf ecuadorianischem Hoheitsgebiet getötet, dann starb Ende des Monats ihr Gründer und langjähriger Anführer, Manuel Marulanda, an Herzversagen; im April 2008 wurde ein Mitglied des siebenköpfigen FARC-Sekretariats, Iván Ríos von seinem Leibwächter ermordet und schließlich ergab sich Mitte Mai die bekannteste Frau in den Reihen der FARC, die Kommandeurin „Karina“. Der bei Weitem größte Coup gelang am 2. Juli mit der spektakulären Befreiung

von 15 Geiseln aus den Händen der FARC, darunter ihr prominentestes „Faustpfand“, die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt.

Aufgrund dieser Erfolge sprechen einheimische Beobachter bereits vom bevorstehenden Ende des kolumbianischen Bürgerkriegs. Die FARC sei in ihren Grundfesten erschüttert und es sei mithin nur noch eine Frage der Zeit, bis sie die Waffen strecke und sich zu bedingungslosen Friedensverhandlungen bereit erklären werde. Man muss abwarten, ob diese Einschätzung in der Tat gerechtfertigt oder noch verfrüht ist. Klar ist allerdings eines: Das mögliche Ende der FARC schafft nicht automatisch Frieden in Kolumbien. Auch wenn die politischen Ziele der Guerrilla unter dem Einfluss des Drogenhandels und ihrer Entführungspraktiken inzwischen weitgehend zur Makulatur verkommen sind, so bleiben doch schwerwiegende Hindernisse auf dem Weg zu einem Post-Konfliktzustand. Diese Hindernisse sind in erster Linie politischer und sozialer Art.

Ungeklärte Fragen

Zum einen die ungeklärte Frage der Landverteilung. Wie andere Länderbeispiele (Japan, Südkorea, China und Chile) zeigen, ist eine Landreform eine notwendige Voraussetzung nicht nur für langfristiges Wirtschaftswachstum, sondern auch für dauerhafte politische Stabilität. Kolumbien hat in dieser Hinsicht großen Nachholbedarf: 53 Prozent des registrierten Territoriums befindet sich in den Händen von gerade einmal 2.428 Personen, d. h. von 0,005 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Ein weiteres Hindernis ist der Drogenschmuggel. Im Gegensatz zur Landfrage lässt sich dieses Problem nur auf der internationalen Ebene angehen. Kolumbien hat sich in den letzten 30 Jahren stets an der Position der USA zu diesem Thema orientiert, damit hoffte man auf eine Special Relationship. Diese Rechnung schien mit dem Plan Colombia auch aufzugehen. Allerdings machen die Misserfolge bei der Drogenbekämpfung ein Umdenken auf beiden Seiten erforderlich. Die Politik der Angebotsverknappung ist grandios gescheitert. Neue Ideen und Strategien sind dringend vonnöten. Dafür zeichnet sich allerdings weder bei Uribe noch bei einem der Kandidaten für die bevorstehende Präsidentschaftswahl in den USA eine realistische Hoffnung ab. Ohne mittelfristige Lösung des Drogenproblems

bleibt ein dauerhaftes Ende des kolumbianischen Konfliktes weiterhin nur Wunschenken.

Schließlich erfordert ein Ende des Konfliktes eine grundsätzliche Reform der bestehenden politischen Institutionen des Landes. Wiewohl Kolumbien als die älteste Demokratie Lateinamerikas bezeichnet wird, stehen die politischen Institutionen nur auf schwachen Füßen. Durch die Wiederwahl Uribes 2006 hat sich die Exekutive ein klares Übergewicht gegenüber den politischen, ökonomischen und juristischen Kontrollinstanzen des Landes verschafft. Die Regierung kann mithin direkt oder indirekt, z. B. durch Nominierungen ihr nahestehender Personen, auf diese Institutionen (wie Zentralbank, Verfassungsgericht, Ombudsmann) einwirken und diese beeinflussen. Außerdem befindet sich das Parlament in einer äußerst prekären Lage: Nach Ermittlungen des Obersten Gerichtshofes laufen im Augenblick gegen ca. 20 Prozent der Abgeordneten Strafverfahren wegen Kontakten zu paramilitärischen Gruppen. Diese Verfahren, die mit dem Begriff *Parapolítica* umschrieben werden, haben das Parlament in eine schwere Legitimitätskrise gestürzt. Besonders pikant ist dabei, dass ausnahmslos alle angeklagten Abgeordneten Mitglieder von Uribes Regierungskoalition sind. Diese Situation ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die Uribe selbst schon lange als Handlanger und Erfüllungsgehilfe der paramilitärischen Gruppen ansehen. Bislang konnte dieser Vorwurf jedoch nie stichfest nachgewiesen werden. Es erscheint außerdem zweifelhaft, ob Uribe wirklich das Spiel der Paramilitärs spielt, wenn er deren Anführer einen nach dem anderen an die USA ausliefert.

Präsident Uribe hat in seiner bislang sechsjährigen Amtszeit zweifellos viel für Kolumbien getan. Das über ein mögliches Ende des jahrzehntelangen Bürgerkrieges überhaupt geredet wird, ist in erster Linie das Verdienst seiner Politik. Allerdings gilt es noch viele Hürden auf diesem Weg zu überwinden.



Weiterlesen:
C. Friesendorf:
Drogen und Krieg
WeltTrends 49

Literaturverzeichnis

Borda Guzmán, Sandra (2007): La Internacionalización del Conflicto Armado después del 11 de septiembre, in: Colombia Internacional, No. 65 (Januar-Juni 2007), S. 66-89.

International Crisis Group (2008): Latin American Drugs I: Losing the Fight, in: Latin American Report No. 25, Bogotá/Brüssel 2008, <http://www.crisisgroup.org/home/index>. (abgerufen am 13.07.08).

Tickner, Arlene B. (2007): Intervención por Invitación: Claves de la Política Exterior Colombiana y de sus Debilidades Principales, in: Colombia Internacional, No. 65 (Januar-Juni 2007), S. 90-111.